

No. 35491

**Germany
and
Lithuania**

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Lithuania concerning mutual assistance in the case of disasters or serious accidents. Bonn, 15 March 1994

Entry into force: *1 September 1996 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 15*

Authentic texts: *German and Lithuanian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 22 February 1999*

**Allemagne
et
Lituanie**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Lituanie concernant l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves. Bonn, 15 mars 1994

Eutrée en vigueur : *1er septembre 1996 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 15*

Textes authentiques : *allemand et lituanien*

Euregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 22 février 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Litauen –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa zu leisten,

in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen, die die neunziger Jahre zu einer Dekade der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen erklärt haben,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinki-Dokuments vom 10. Juli 1992,

in dem Bewußtsein, daß natur- oder technologiebedingte Katastrophen oder schwere Unglücksfälle möglich sind,

in der Überzeugung von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfsmannschaften und -material zu beschleunigen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Die Vertragsstaaten helfen einander entsprechend ihren Möglichkeiten bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die ernsthafte Schäden oder Gefahren für die körperliche Unversehrtheit von Personen, für Güter oder die Umwelt nach sich ziehen und die mit eigenen Mitteln des hilfeersuchenden Vertragsstaats offensichtlich nicht bewältigt werden können.

(2) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für diese freiwilligen Hilfeleistungen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Hilfsmannschaften, einzelnen Fachkräften und Material.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

– „hilfeersuchender Vertragsstaat“
der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, aus dem anderen Vertragsstaat ersuchen;

- „hilfeleistender Vertragsstaat“
der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen der Behörden des anderen Vertragsstaats um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material, stattgeben;
- „Transitstaat“
der Staat, dessen Hoheitsgebiet die Hilfsmannschaften durchqueren müssen, um den hilfeersuchenden Drittstaat zu erreichen;
- „Ausrüstungsgegenstände“
das Material, die technischen Mittel, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter), Rettungshunde und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften und Fachkräfte;
- „Hilfsgüter“
die Gegenstände, die zur kostenlosen Verteilung unter der betroffenen Bevölkerung bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständigkeiten

Die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen der Vertragsstaaten erfolgen auf diplomatischem Wege. Für Hilfeersuchen zuständige Behörden sind:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - das Auswärtige Amt,
 - das Bundesministerium des Innern;
- b) in der Republik Litauen:
 - das Verteidigungsministerium,
 - das Innenministerium,
 - das Außenministerium.

Artikel 4

Einsatzarten

(1) Die Hilfe kann durch einzelne Fachkräfte oder durch Hilfsmannschaften geleistet werden, die an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls entsandt werden und die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Bekämpfung von radioaktiven und chemischen Gefahren, medizinische und sanitär-hygienische Hilfeleistung, Rettung und Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für ihre Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen. Falls erforderlich, kann die Hilfe auch auf jede andere Weise erbracht werden.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte sowie das erforderliche Material und Spezialgerät können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

Artikel 5

Grenzübertritt

(1) Um die für einen Hilfeinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft führt eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des hilfeleistenden Vertragsstaats mit, die den Hilfeinsatz, die Art der Einheit, ihrer Ausrüstung und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Einreise zum Zwecke eines Hilfeinsatzes gemäß diesem Abkommen erfolgen soll. Im übrigen haben die Angehörigen des Hilfeinsatzes ihren mit ihrem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder ein sonstiges Identitätsdokument mitzuführen und sich hiermit auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Amtsträgers auszuweisen.

(3) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze, soweit erforderlich nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Transit- und Vertragsstaaten, auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten der Transit- und Vertragsstaaten hierüber im voraus zu unterrichten.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 bis 3 gelten auch für den Fall, daß ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen einem hilfeersuchenden Drittstaat gewährt werden sollen, und daß der Transit für eine rasche Hilfeleistung notwendig ist. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten einander rechtzeitig auf diplomatischem Wege darüber, wenn sich das Erfordernis eines Transits für Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat ergibt und stimmen die Art und Weise der Durchführung des Transits ab.

Artikel 6

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Einfuhr der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und einzelne Fachkräfte haben den örtlichen Zollstellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Auch wenn sie kein solches Verzeichnis haben, erhalten die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte die Genehmigung zum Grenzübertritt mit Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern. In diesem Fall ist den zuständigen Stellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats das Verzeichnis innerhalb eines Monats vom Tag des Grenzübertritts vorzulegen.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachleute dürfen außer den bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes Gut mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Zollabgaben befreit und dürfen nur für den Hilfeinsatz verwendet werden.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Die bei einer Hilfeleistung nicht verwendeten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Stelle des hilfeersuchenden Vertragsstaats anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Falle gelten die Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(4) Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen desjenigen Vertragsstaats, dem die Hilfsmannschaft angehört, eingesetzt werden. Das Recht des ersuchenden Vertragsstaats, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Absatz 3 Sätze 2 bis 4 findet auch Anwendung auf die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoff- und Betäubungsmittelübereinkommen. Nichtverbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei einem durch das Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats führenden Transit der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter für einen hilfeersuchenden Drittstaat.

Artikel 7

Einsätze von Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 4 Absatz 2, sondern auch für andere Arten von Hilfeleistungen im Sinne dieses Abkommens benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen, ohne Flugplatzzwang und ohne Paß- und Zollabfertigung landen und starten dürfen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfeinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist dem hilfeersuchenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen, wobei möglichst genau Baumuster, Eintragungsländ und Eintragungskennzeichen des Luftfahrzeugs, seine Besatzung und Passagiere, Hilfsmannschaften, Ausrüstung und die an Bord befindlichen Hilfssendungen, die Zeit des Abflugs, die voraussichtliche Flugroute und der Landeort angegeben werden müssen.

(4) Sinngemäß angewendet werden:

- a) Artikel 5, Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 10 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 6 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die Luftverkehrsvorschriften jedes Vertragsstaats anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

(6) Anhang 12 über das Such- und Rettungswesen im Luftverkehr zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt bleibt unberührt.

Artikel 8

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(2) Die zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erläutern möglichst ausführlich die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften und den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Vertragsstaats werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

Artikel 9

Einsatzkosten

(1) Der hilfeleistende Vertragsstaat kann dem hilfeersuchenden Vertragsstaat kostenlose Hilfe anbieten. Bei der Erwägung, ob Hilfe auf dieser Grundlage angeboten werden soll, berücksichtigt er insbesondere Art und Ausmaß der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls.

(2) Wird die Hilfe ganz oder teilweise auf der Grundlage der Kostenerstattung geleistet, so erstattet der hilfeersuchende Vertragsstaat dem hilfeleistenden Vertragsstaat die unmittelbar im Zusammenhang mit der Hilfeleistung angefallenen Kosten, soweit diese nicht bereits durch den hilfeersuchenden Vertragsstaat getragen werden. Im Zusammenhang mit dem Hilfeersuchen angefallene Kosten sind insbesondere Personal-, Transport- und Versicherungskosten sowie die Kosten für Verbrauch, Beschädigung und Verlust des mitgeführten Materials, für Schadensersatzleistungen und für die medizinische Versorgung des Hilfspersonals. Sofern nichts anderes vereinbart ist, werden die Kosten umgehend erstattet, nachdem die Aufforderung ergangen ist.

(3) Die Hilfsmannschaften und Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Vertragsstaat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall kostenlos logistische einschließlich medizinische Hilfe.

Artikel 10

Entschädigung und Schadensersatz

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihm oder einem anderen Verwaltungsorgan gehören, wenn der Schaden von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer Fachkraft bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist, soweit es sich dabei nicht nachweislich um Vorsatz handelt.

(2) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft, soweit der Schaden bei der Durchführung des Abkommens entstanden ist.

(3) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine Fachkraft des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung seines bzw. ihres Auftrags im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet ausschließlich der hilfeersuchende Vertragsstaat für den Schaden nach den Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Weitere Formen der Zusammenarbeit

Die nach Artikel 3 zuständigen Behörden arbeiten zusammen und können gesonderte Vereinbarungen schließen, insbesondere über

- a) die Durchführung von Hilfeleistungen nach Maßgabe dieses Abkommens;
- b) die Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen, indem sie alle praktischen Erfahrungen und zweckdienlichen Informationen wissenschaftlicher und technischer Art austauschen und Konferenzen und Studienaufenthalte für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, einschließlich des Austauschs von Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen, sowie die Durchführung von gemeinsamen Übungen und den beratenden Einsatz von wissenschaftlichen Experten in Katastropheneinsatzstäben auf Anforderung vorsehen;
- c) den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten;
- d) die Suche und Identifizierung betroffener Personen und betroffener Habe unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten sowie über die Untersuchung der Ursachen von Unglücksfällen, die durch menschliches Handeln ausgelöst worden sind.

Artikel 12

Fernmeldeverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und ins-

besondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 13

Belegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten jeglicher Art über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg zwischen den Vertragsstaaten beigelegt.

Artikel 14

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 15

Ratifikation, Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wilna ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 16

Geltungsdauer, Außerkrafttreten

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von den Regierungen der Vertragsstaaten durch Notifikation gekündigt werden. Im Fall der Kündigung des Abkommens wird diese sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der Regierung des anderen Vertragsstaats zugegangen ist.

Geschehen zu Bonn am 15. März 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Hansjörg Eiff
Walter Priesnitz

Für die Republik Litauen

Pulokas

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

**Vokietijos Federacinės Respublikos
ir Lietuvos Respublikos
Sutartis
dėl savitarpio pagalbos stichinių
nelaimių ir stambių avarijų atvejais**

Vokietijos Federacinė Respublika

ir

Lietuvos Respublika

norėdamos palaikyti gerus kaimyniškus santykius Europoje;

sutikdamos su JTO tikslais, paskelbusios 90-tuosius metus tarptautinio bendradarbiavimo dešimtmečiu, plėtojant pagalbą stichinių nelaimių išvengimo ir jų padarinių šalinimo srityse;

atsižvelgdamos į Europos Saugumo ir Bendradarbiavimo Konferencijos trečiojo susitikimo, įvykusio Vienoje 1989 m. sausio 15 d., baigiamąjį aktą ir 1992 m. liepos 10 d. Helsinkio dokumentus,

suvokdamos stichinių nelaimių ir su technologijos vystymu susijusių katastrofų bei stambių avarijų tikimybę,

įsitikinusios abiejų valstybių bendradarbiavimo būtinybe, siekiant palengvinti abipusę pagalbą katastrofų ir stambių avarijų atveju, paspartinti gelbėtojų grupių pasiuntimą, įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų pristatymą,

susitarė:

1 straipsnis

Objektas

(1) Susitariančios šalys pagal galimybę teikia savitarpio pagalbą stichinės nelaimės, katastrofos ar stambios avarijos atveju, kai kyla grėsmė žmonių gyvybei, jų sveikatai, aplinkai ir gresia dideli materialiniai nuostoliai, o prašanti pagalbos Susitarianči šalis nepajėgia pasekmių likviduoti savo jėgomis.

(2) Sutartis numato pagrindines savanoriškos pagalbos sąlygas, kurios vykdomos kitai Susitariančiai šaliai prašanti, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, pavienius specialistus ir pagalbai skirtas medžiagas.

2 straipsnis

Terminai

Šioje sutartyje vartojami terminai reiškia:

„prašanti pagalbos Susitariančioji šalis“

Susitariančioji šalis, kurios įgaliotosios įstaigos prašo suteikti ją pagalbą, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas;

„teikianti pagalbą Susitariančioji šalis“

Susitariančioji šalis, kurios įgaliotosios žinybos ir įstaigos patenkinamos kitos Susitariančios šalies pagalbos prašymą, ypač siunčiant gelbėtojų grupes, įrangą ir kitas pagalbai skirtas medžiagas;

„tranzito valstybė“

Valstybė, kurios teritorija turi pravažiuoti gelbėtojų grupę, kad pasiektų pagalbos prašančią Susitariančią šalį;

„įranga“

Medžiagos, technikos ir transporto priemonės, šunys – gelbėtojai ir individuali gelbėtojų grupių ir specialistų įranga, bei jų asmeninio naudojimosi daiktai;

„pagalbai skirtos medžiagos“

Daiktai, skirti nukentėjusiems ir dalinami nemokamai.

3 straipsnis

Įgaliojimai

Susitariančių šalių pagalbos prašymai perduodami ir priimami diplomatinio keliu. Pagalbos prašyti įgaliotos šios žinybos:

- a) Vokietijos Federacinėje Respublikoje:
Federalinė vidaus reikalų ministerija,
Užsienio reikalų ministerija.
- b) Lietuvos Respublikoje:
Krašto apsaugos ministerija,
Vidaus reikalų ministerija,
Užsienio reikalų ministerija.

4 straipsnis

Pagalbos rūšys

(1) Pagalbą teikia pavieniai specialistai arba gelbėtojų grupės, siunčiamos į stichinės nelaimės ar avarijos ištiktas vietas, pasivuosius gesinti gaisrus, teikti techninę pagalbą, kovoti su radioaktyviais ir cheminiais teršalais, teikti medicininę, sanitarinę-higieninę pagalbą, atlikti gelbėjimo ir kitus neatidėliotinus darbus, laikiną remontą ir turinčios būtina įrangą bei specialias technines priemones. Esant būtinybei gali būti teikiama kitokia pagalba.

(2) Gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai, taip pat būtinos medžiagos ir specialios paskirties įranga gali būti pristatomos sausuma, oro ir vandens keliu.

5 straipsnis

Sienų perėjimas

(1) Siekdamas pagalbos operatyvumo ir veiksmingumo, Susitariančios šalys įsipareigoja apsiriboti minimaliais sienų perėjimo formalumais.

(2) Gelbėtojų grupės vadovas turi pateikti teikiančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotos žinybos pažymą apie teikiamos pagalbos rūšį, pobūdį, įrangą ir gelbėtojų grupės narių skaičių. Jei dėl skubos neįmanoma laiku pateikti pažymos, pakanka pateikti bet kokią įrodymą, liudijantį, kad vyksta gelbėjimo tikslais, aptartais Sutartyje. Be to, atvykstantys asmenys, gelbėtojų grupių nariai, privalo turėti tamybinį pasą su nuotrauka ar kitą, įrodantį asmenybę dokumentą ir pateikti jį įgaliotam tarnautojui prašant.

(3) Ypač skubiais atvejais, suderinus su įgaliotomis tranzito valstybės įstaigomis, esant būtinybei, galima pereiti Susitariančiųjų šalių ir tranzito valstybių sienas, pažeidžiant galiojančias taisykles, t. y. ne per pasienio kontrolės punktus. Tuo atveju būtina iš anksto pranešti apie tai įgaliotoms tranzito ir Susitariančiųjų šalių pasienio tarnyboms ar artimiausiam pasienio kontrolės punktui.

(4) Lengvatinės sienos perėjimo sąlygos pagal 1–3 punktus galioja ir tada, jei viena iš Susitariančiųjų šalių yra trečiosios valstybės, prašančios pagalbos stichinės nelaimės ar stambios avarijos atžvilgiu, tranzito valstybė ir tranzitas būtinas, kad būtų suteikta operatyvi pagalba. Susitariančiųjų šalių įgaliotosios organizacijos laiku praneša viena kitai apie tranzito būtinybę, teikiant pagalbą trečiajai valstybei, ir suderina tranzitinių krovinių pervežimo tvarką.

6 straipsnis

Medžiagų įvežimas

(1) Susitariančios šalys palengvina įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų įvežimą į savo teritoriją tvarką. Gelbėtojų grupės vadovas, pavieniai specialistai prašančios pagalbos Susitariančios šalies muitinei privalo pateikti tik vežamos įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų sąrašą. Netgi jei tokio sąrašo nėra, gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai su įranga ir pagalbai skirtomis medžiagomis gauna leidimą pereiti sieną. Tuo atveju sąrašas pateikiamas įgaliotoms prašančios pagalbos Susitariančios šalies organizacijoms per mėnesį nuo sienos perėjimo dienos.

(2) Gelbėtojų grupės ir pavieniai specialistai neturi teisės vežti jokio kito turto, išskyrus įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas bei asmeninio naudojimo daiktus (reikmenis). Įranga ir pagalbai skirtos medžiagos neapmokestinamos jokių muitų ir naudojamos tik pagalbai.

(3) Draudimai ir apribojimai, galiojantys vežant nuosavybę, negalioja įvežamai įrangai ir pagalbai skirtoms medžiagoms. Nepanaudota gelbėjimo darbų metu įranga ir pagalbai skirtos medžiagos grąžinamos atgal. Jei dėl ypatingų aplinkybių jų grąžinti neįmanoma, tai duomenys apie jas pateikiami įgaliotoms pagalbos prašančios Susitariančios šalies organizacijoms, atsakingoms už gelbėjimo darbus, nurodant įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų rūšį, kiekį ir saugojimo vietą, o šios praneša atitinkamai muitinei. Šiuo atveju taikomi prašančios pagalbos Susitariančios šalies įstatymai.

(4) Narkotinės-psichotropinės medžiagas leidžiama įvežti tik esant medicininei būtinybei, jos skiriamos tik kvalifikuoto medicinos personalo žinion, prisilaikant tos Susitariančios šalies, kuri siunčia gelbėtojų grupes, įstatymų. Tai neatima prašančiosios pagalbos Susitariančiosios šalies teisės kontroliuoti padėtį vietoje. 3-jo punkto 2–4 frazės galioja ir nepanaudotų narkotinių bei psichotropinių medžiagų grąžinimui į kitos susitariančios šalies teritoriją, laikantis abiejų Susitariančiųjų šalių įstatymų. Šitokie prekių mainai nelaikomi importu ar eksportu Tarptautinės narkotinių medžiagų sutarties prasme. Nepanaudotos narkotinės ir psichotropinės medžiagos, kurių nebeįmanoma grąžinti, toliau panaudojamos pagal prašančios pagalbos Susitariančios šalies įstatymus.

(5) Punktai 1–4 galioja įrangos ir pagalbai skirtų medžiagų tranzitui per vienos iš Susitariančiųjų šalių teritoriją, kai teikiama būtina pagalba trečiajai pagalbos prašančiai šaliai.

7 straipsnis

Lėktuvų panaudojimas

(1) Lėktuvai naudojami ne vien tik skubiam gelbėjimo grupių pervežimui, 4 str. 2 punkte nurodytais atvejais, bet ir kitokiai pagalbai, numatyta šioje Sutartyje.

(2) Kiekviena Susitariančioji šalis leidžia lėktuvams, kylantiems iš kitos Susitariančios šalies teritorijos, skraidyti savo teritorijoje, prisilaikant 1-jo punkto reikalavimų nusileisti ir pakilti už aerouosto ribų be pasų ir muitinės kontrolės.

(3) Pagalbą teikianti Susitarianči šalis privalo pagalbos prašančiai Susitariančiai šaliai pranešti apie numatomą lėktuvų panaudojimą, nurodydama jų modelį, lėktuvo registravimo šalį ir registracijos numerį, ekipažo ir keleivių sąstatą, gelbėtojų grupę, esančią lėktuve įrangą ir pagalbai skirtas medžiagas, pakilimo laiką, numatomą maršrutą ir nusileidimo vietą.

(4) Pagal prasmę taikomi:

- a) ekipažams ir skrendančioms gelbėtojų grupėms – 5 straipsnis, 9-to straipsnio 3 pastraipa ir 10 straipsnis;
- b) lėktuvams ir esančiai lėktuve įrangai ir pagalbai skirtoms medžiagoms – 6 straipsnis.

(5) Jei 2-je pastraipoje nenurodyta kitaip, galioja kiekvienos Susitariančios šalies oro linijų taisyklės, ypač reikalavimas pranešti skridimo duomenis atitinkamoms skrydžių valdymo tarnyboms.

(6) 1944 m. gruodžio 7 d. pasirašytas Tarptautinės civilinės aviacijos sutarties 12-tas priedas dėl paieškos ir gelbėjimo darbų aviacijoje lieka nepakitęs.

8 straipsnis

Bendras valdymas ir koordinacija

(1) Bet kuriuo atveju gelbėjimo darbus ir teikiamą pagalbą koordinuoja prašančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotos žinybos.

(2) Prašančios pagalbos Susitariančios šalies įgaliotosios žinybos privalo teikti būtina paramą teikiančios pagalbos Susitariančios šalies gelbėtojų grupėms ir paviniams specialistams vykdančioms užduotį. Jos detaliai aiškina užduotis, kurias pageldauja perduoti gelbėtojų grupėms ir paviniams specialistams.

(3) Nurodymai teikiančios pagalbos Susitariančios šalies gelbėjimo grupėms perduodami tik per vadovus, kurie skiria konkrečias užduotis savo pavaldiniams.

9 straipsnis

Gelbėjimo darbų išlaidos

(1) Teikianti pagalbą Susitariančioji šalis gali pasiūlyti prašančiai pagalbos Susitariančiai šaliai nemokamą pagalbą. Sprendžiant klausimą, ar turėtų būti siūloma nemokama pagalba, atsižvelgiama į stichinės nelaimės ar stambios avarijos rūšį ir mastą.

(2) Jei pagalba teikiama pilnai ar dalinai atlyginant išlaidas, tai prašanti pagalbos Susitariančioji šalis atlygina teikiančiai pagalbos Susitariančiai šaliai išlaidas, betarpiškai susijusias su pagalbos darbais, jeigu prašanti pagalbos Susitariančioji šalis pati jų neapmoka. Išlaidos, susijusios su pagalbos prašymu, yra personalo, transporto ir draudimo išlaidos, taip pat atsivežtos įrangos panaudojimo, apgadinimo ir praradimo išlaidos, gelbėtojų grupių narių medicininio aptamavimo ir jiems padarytų nuostolių atlyginimo išlaidos. Jei nėra kitokio susitarimo, išlaidos atlyginamos iškart po to, kai pateikiamas atitinkamas reikalavimas.

(3) Teikiantis pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupės ir specialistai per visą buvimo prašančioje pagalbos Susitariančioje šalyje laiką aprūpinami maistu ir nakvyne, taip pat asmeninio vartojimo daiktais, jei jų atsargos išsibaigė, prašančios valstybės sąskaita. Esant būtinybei, jiems suteikiama nemokama logistinė pagalba, įskaitant ir medicininę.

10 straipsnis

Kompensacija ir nuostolių atlyginimas

(1) Kiekviena iš Susitariančių šalių atsisako reikalavimo atlyginti kitai Susitariančiai šaliai nuostolius, atsiradusius dėl jai ar kitam valdymo organui priklausančių turtinių vertybių sugadinimo, kai nuostoliai padaryti gelbėtojų grupės narių ar specialistų užduoties, susijusios su šios Sutarties realizacija, vykdymo metu, jei neįrodyta, kad nuostoliai buvo padaryti tyčia.

(2) Kiekviena iš Susitariančių šalių atsisako bet kokių reikalavimų kitai Susitariančiai šaliai dėl kompensacijos už gelbėtojų grupės nario ar specialisto sužeidimą ar mirtį, jei tas įvyko Sutarties vykdymo metu.

(3) Jei teikiantis pagalbą Susitariančios šalies gelbėtojų grupės narys ar specialistas, vykdydamas savo užduotį prašančios pagalbos Susitariančios šalies teritorijoje padarys žalą trečiam asmeniui, tai už ją atsako tik prašanti pagalbos Susitariančioji šalis pagal nuostatas, taikomas savų gelbėtojų padarytai žalai įvertinti.

(4) Įgaliotos abiejų Susitariančių šalių organizacijos glaudžiai bendradarbiauja, pagal šį straipsnį siekdamos palengvinti nuostolių už padarytą žalą atlyginimą. Jos keičiasi joms prieinama informacija apie padarytą žalą.

11 straipsnis

Kitos bendradarbiavimo formos

3 straipsnyje paminėtos įgaliotos žinybos bendradarbiauja ir gali sudaryti atskiras sutartis, viąs pirmą dėl:

- a) pagalbos pagal šią Sutartį realizavimo;
- b) stichinių nelaimių ir stambių avarijų pasekmių prognozavimo, išvengimo ir likvidavimo, keičiantis praktine patirtimi ir būtina mokslinė-technine informacija, pagal pagaidavimą numatant konferencijų rengimą ir specialistų stažuotes, mokslo-tiriamųjų programų ruošimą, specialiųjų kursų rengimą, įskaitant atitinkamų mokslo įstaigų dėstytojų ir klausytojų mainus, bendrųjų mokymų rengimą, taip pat stichinių nelaimių atvejais mokslininkų ekspertų konsultacijas operatyviniuose štabuose.
- c) keitimosi informacija apie žalą ir grėsmę, galinčias pasiekti kitos Susitariančios šalies teritoriją; abipusis keitimasis informacija apima taip pat išankstinį matavimo duomenų pateikimą.
- d) nukentėjusių asmenų ir turto paieškos ir atpažinimo, prisiliekant veikiančių Susitariančių šalių įstatymų, ir avarijų, įvykusių dėl žmonių veiksmų, priežasčių tyrimo.

12 straipsnis

Ryšio priemonės

Įgaliotos Susitariančių šalių žinybos bendrai imasi reikiamų priemonių ryšiai, viąs pirmą radijo ryšiai tarp 3 straipsnyje minimų

žinybų, taip pat nurodytų įstaigų su jų vadovaujamosiomis gelbėtojų grupėmis, gelbėtojų grupių tarpusavio ryšiai ir gelbėjimo grupių ryšiai su atitinkamais grupių vadovais užtikrinti.

13 straipsnis

Ginčų ir nesutarimų sprendimas

Bet kokie nesutarimai, kilę dėl Sutarties interpretavimo ir taikymo, jei 3 punkte nurodytos žinybos negali jų išspręsti tarpusavyje, Susitariančiųjų šalių sprendžiami diplomatiniais kanalais.

14 straipsnis

Kitos sutartys ir susitarimai

Ši sutartis nokoičia esamų abiejų Susitariančiųjų šalių teisių ir įsipareigojimų, privalomų pagal kitas jų pasirašytas tarptautines sutartis ir susitarimus.

15 straipsnis

Ratifikavimas, įsigaliojimas

(1) Sutartis privalo būti ratifikuojama; ratifikavimo raštais kuo skubiau apsikeičiama Vilniuje.

(2) Sutartis įsigalioja pirmą trečiojo mėnesio dieną nuo apsikeitimo ratifikaciniais raštais momento.

16 straipsnis

Galiojimo laikas ir Sutarties nutraukimas

(1) Sutartis sudaroma neribotam laikui.

(2) Susitariančiųjų šalių vyriausybės gali nutraukti Sutartį pranešdamos apie tai raštu; tuo atveju sutartis netenka galios po šešių mėnesių nuo notos kitos Susitariančios šalies vyriausybei įteikimo dienos.

Pasirašyta 1994 m. kovo 15 d. Bonoje, dviem egzemplioriais, kiekvienas vokiečių ir lietuvių kalbomis, abiem tekstams turint vienodą galią.

Vokietijos Federacinės Respublikos vardu

Hansjörg Eiff
Walter Priesnitz

Lietuvos Respublikos vardu

Pulokas

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE REPUBLIC OF LITHUANIA CONCERNING MUTUAL
ASSISTANCE IN THE EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS
ACCIDENTS

The Federal Republic of Germany

and

The Republic of Lithuania,

With the aim of contributing to the development of neighbourly relations in Europe,

In conformity with the purposes of the United Nations, which declared the 1990s a decade for the promotion of international cooperation in disaster prevention and assistance in natural disasters,

Mindful of the Concluding Document of 15 January 1989 of the third follow-up Meeting in Vienna to the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) and the Helsinki Document of 10 July 1992,

Aware of the possibility of natural or technological disasters or serious accidents,

Convinced of the need for cooperation between the two States to facilitate mutual assistance in the event of disasters or serious accidents and speeding up the dispatch of emergency teams and materials,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

1. The Contracting States shall assist each other within their means in the event of disasters or serious accidents that entail severe damage or risk to the physical integrity of individuals, to property or to the environment and are manifestly beyond the power of the requesting State to deal with.

2. This Agreement lays down the basic conditions for the provision of such voluntary assistance in the other requesting State at its request, especially in the form of emergency teams, individual experts and materials.

Article 2. Definitions

For the purposes of this Agreement:

- The term "requesting State" means the Contracting State whose competent authorities request assistance from the other State, in particular the sending of emergency teams or materials;

- The term "assisting State" means the Contracting State whose competent authorities respond to a request from the authorities of the other State for assistance, in particular for the sending of emergency teams or materials;

- The term "transit State" means a State whose territory the emergency teams must cross in order to reach the requesting State;
- The term "equipment" means the materials, technical devices, vehicles, items for personal use (operational items), rescue dogs and personal equipment of the emergency teams and experts;
- The term "emergency aid supplies" means the items intended for distribution free of charge to the affected population.

Article 3. Competent authorities

Requests for assistance by the Contracting States shall be made and received through the diplomatic channel. The competent authorities for requests shall be:

(a) In the Federal Republic of Germany:

- The Ministry of Foreign Affairs,
- The Federal Ministry of the Interior;

(b) In the Republic of Lithuania:

- The Ministry of Defence,
- The Ministry of the Interior,
- The Ministry of Foreign Affairs.

Article 4. Types of assistance

1. Assistance may be provided by individual experts or by emergency teams sent to the site of the disaster or serious accident who are specially trained in the areas of fire-fighting, technical aid, radioactive and chemical hazards control, medical and sanitary assistance, rescue and salvage or temporary repair work and who have the necessary materials and special equipment for such operations. If necessary, assistance may also be provided in any other manner.

2. The emergency teams and the individual experts together with the necessary materials and special equipment may be transported by land, air or water.

Article 5. Border crossing

1. To ensure the efficiency and speed required in an emergency operation, the Contracting States undertake to limit border-crossing formalities to the absolute minimum.

2. The leader of an emergency team shall carry a certificate from the competent authorities of the assisting State indicating the emergency operation, the nature of the team, its equipment and the number of team members. If the certificate cannot be produced because of the special urgency of the situation, any other appropriate form of proof will suffice to afford entry for the purpose of emergency assistance under this Agreement. The members of the emergency team shall also carry a service identity card bearing their photograph or a similar identity document and shall identify themselves by that means at the request of any authorized official.

3. If the situation is especially urgent the border may also be crossed outside the permitted border crossing points without observing the normal border crossing regulations, with the consent, where necessary, of the competent authorities of the transit and Contracting States. In that case the authorities responsible for border control or the next border post of the transit and Contracting States shall be informed in advance.

4. The border crossing facilitation measures mentioned in paragraphs 1 to 3 shall also apply in situations in which a Contracting State is a transit State for assistance to be provided to a requesting third State in the event of a disaster or serious accident and transit is necessary for speedy assistance. The competent authorities of the Contracting States shall inform one another in timely fashion through the diplomatic channel when transit is necessary for assistance to a requesting third State and shall determine how the transit is to be carried out.

Article 6. Border crossing for equipment

1. The Contracting States shall facilitate the entry of the equipment and emergency aid supplies needed for emergency operations. The leader of an emergency team and individual experts shall be required only to hand over to the local customs offices of the requesting State a list of the equipment and emergency aid supplies they are bringing with them. The emergency teams and individual experts shall be permitted to cross the border with their equipment and emergency aid supplies even if they do not have such a list. In that case the list shall be submitted to the competent authorities of the requesting State within one month of the date of the border crossing.

2. The emergency teams and individual experts may not bring with them any goods other than the equipment and emergency aid supplies necessary for emergency operations. The equipment and emergency aid supplies shall be exempt from all customs duties and may only be used for the emergency operation.

3. Prohibitions and restrictions on the import of goods shall not apply to the equipment and emergency aid supplies required for emergency operations. Equipment and emergency aid supplies not used in an emergency operation shall be re-exported. If in exceptional circumstances they cannot be re-exported, the nature, quantity and location of the equipment and emergency aid supplies shall be reported to the authority responsible for the emergency operation in the requesting State, and that authority shall inform the competent customs office. The laws of the requesting State shall apply in such an event.

4. Narcotic and psychotropic drugs may be brought in only to meet an urgent medical need, and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the laws of the Contracting State to which the emergency team belongs. The rights of the requesting State to carry out spot inspections shall be unaffected. Paragraph 3, second to fourth sentences, shall also apply to the return of the unused quantities to the territory of the other Contracting State, in accordance with the laws of both Contracting States. Such movement of goods shall not be regarded as import and export within the meaning of the international conventions on narcotic drugs. Unused narcotic and psychotropic drugs which cannot be re-exported shall be subject to the laws of the requesting State.

5. Paragraphs 1 to 4 shall apply, *mutatis mutandis*, to transit through the territory of a Contracting State of the emergency equipment and emergency aid supplies required assistance to a requesting third State.

Article 7. Operations involving aircraft

1. Aircraft may be used not only for the speedy transport of emergency teams in accordance with article 4, paragraph 2, but also for other types of emergency operations under this Agreement.

2. Each Contracting State shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting State to overfly, land in and take off from its territory, without being required to use airfields and without passport and customs control.

3. The intention to use aircraft in an emergency shall be reported without delay to the requesting State, with the most detailed possible information on the type, country of registration and registration number of the aircraft, its crew and passengers, the emergency teams, equipment and emergency aid supplies on board, the time of departure, the anticipated route and the landing site.

4. The following shall apply, *mutatis mutandis*:

(a) Article 5, article 9, paragraph 3, and article 10 to the crew of the aircraft and the emergency teams being transported;

(b) Article 6 to the aircraft and other equipment and emergency aid supplies carried on them.

5. Subject to the provisions of paragraph 2, the air traffic regulations of each Contracting State shall apply, in particular the obligation to transmit flight information to the competent control bodies.

6. Annex 12 on air search and rescue to the Convention on International Civil Aviation of 7 December 1944 shall be unaffected.

Article 8. Coordination and direction

1. In all cases, the competent authorities of the requesting State shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations.

2. The competent authorities of the requesting State shall support the emergency teams and individual experts of the assisting State in carrying out their tasks. They shall explain inasmuch detail as possible the tasks to be entrusted to the emergency teams and the individual experts.

3. Instructions for the emergency teams of the assisting State shall be addressed solely to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

Article 9. Operational costs

1. The assisting State may offer assistance free of charge to the requesting State. In determining whether assistance should be offered on this basis, it shall take particular account of the nature and scale of the disaster or serious accident.

2. If assistance is provided wholly or partly on the basis of reimbursement of costs, the requesting State shall reimburse the assisting State for the costs incurred directly in connection with the emergency operation, insofar as they have not already been discharged by the requesting State. Costs incurred in connection with the request for assistance shall include, in particular, personnel, transport and insurance costs, together with the costs incurred through the use, damage and loss of the materials brought in, claims for damages and medical care of emergency personnel. Unless otherwise agreed, the costs shall be reimbursed as soon as the request for reimbursement has been received.

3. The emergency teams and individual experts of the assisting State shall be provided with food and lodging for the duration of the operation in the requesting State at its expense and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical help and medical treatment free of charge in case of need.

Article 10. Compensation and damages

1. Each Contracting State shall waive all claims for compensation against the other Contracting State for damage to property belonging to itself or to another administrative body, if the damage was caused by a member of an emergency team or an individual expert in the performance of duties in connection with the implementation of this Agreement, unless deliberate intent can be demonstrated.

2. Each Contracting State shall waive all claims for compensation against the other Contracting State for injury or death suffered by a member of an emergency team or an individual expert in connection with the implementation of the Agreement.

3. If damage is done to a third party in the territory of the requesting State by a member of an emergency team or individual expert from the assisting State in the line of duty, the requesting State shall have sole liability for the damage in accordance with the provisions that would apply if the damage had been caused by its own emergency teams.

4. The competent authorities of the two Contracting States shall cooperate closely to facilitate the settlement of claims for damages. They shall, in particular, exchange all the information at their disposal concerning instances of loss or damage covered by this article.

Article 11. Other forms of cooperation

The competent authorities referred to in Article 3 shall cooperate and may make separate arrangements in the following areas in particular:

- (a) Carrying out assistance operations under this Agreement;
- (b) Forecasting, preventing and dealing with disasters, by exchanging all practical experience and relevant scientific and technical information, by arranging for conferences

and foreign study programmes for experts, research programmes and specialized courses, including the exchange of instructors and course participants in the relevant disciplines, and by carrying out joint exercises and deploying scientific experts, on request, in an advisory capacity among the personnel of disaster relief missions;

(c) Exchanging information on hazards and accidents that could affect the territory of the other Contracting State; this exchange of information shall include precautionary transmission of measurement data;

(d) Searching out and identifying affected persons and property in conformity with the domestic law of the Contracting States and investigating the causes of accidents caused by human agency.

Article 12. Telecommunication links

The competent authorities of the Contracting States shall jointly take the necessary measures to establish telecommunication and, in particular, radio links between the authorities referred to in article 3, between these authorities and the emergency teams sent by them, among the emergency teams themselves and between the emergency teams and the respective operation command.

Article 13. Settlement of disputes

Disputes of any kind relating to the interpretation of this Agreement that cannot be settled directly by the authorities referred to in article 3 shall be settled by the Contracting States through the diplomatic channel.

Article 14. Other treaty arrangements

This Agreement shall not affect existing rights and duties of the two Contracting States deriving from other international agreements.

Article 15. Ratification and entry into force

1. This Agreement requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Vilnius as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following exchange of the instruments of ratification.

Article 16. Duration and expiry

1. This Agreement is concluded for an indefinite period.

2. This Agreement may be denounced through notification by the Governments of the Contracting States. In such case, the denunciation shall take effect six months after notification has been received by the Government of the other Contracting State.

Done at Bonn on 15 March 1994 in two originals in the German and Lithuanian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HANSJÖRG EIFF

WALTER PRIESNITZ

For the Republic of Lithuania:

PULOKAS

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE DE LITUANIE CONCERNANT L'ASSISTANCE
MUTUELLE EN CAS DE CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS GRAVES

La République fédérale d'Allemagne

et

La République de Lituanie

Dans le but de développer des relations de voisinage en Europe,

Conformément aux objectifs des Nations Unies qui ont déclaré la décennie de 1990, décennie pour la promotion de la coopération internationale pour la prévention des catastrophes et pour l'assistance en cas de désastres naturels,

Ayant à l'esprit le document de clôture du 1er janvier 1989 de la troisième réunion de Vienne de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) et le document d'Helsinki du 10 juillet 1992,

Conscients des risques de catastrophes naturelles et technologiques et d'accidents graves,

Convaincus de la nécessité de la coopération entre deux Etats pour faciliter l'assistance mutuelle dans le cas de catastrophes naturelles ou d'accidents graves et dépêcher du matériel et des équipes d'urgence,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1. Buts

1. Les Etats contractants doivent se porter assistance dans la mesure de leurs moyens dans le cas de catastrophes ou d'accidents sérieux qui occasionnent des dommages sévères ou qui posent des risques à l'intégrité physique des personnes, à la propriété, à l'environnement auxquels l'Etat d'intervention n'a pas les moyens, seul d'y faire face.

2. La présente Convention régit les conditions de base de la prestation volontaire d'assistance en cas de catastrophes ou d'accidents graves dans un Etat contractant et à sa demande, notamment en ce qui concerne la mise en uvre de moyens humains et matériels.

Article 2. Définitions

Au sens de la présente Convention :

- L'expression "Etat d'intervention" désigne l'Etat contractant dont les autorités compétentes demandent à l'autre une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels ;

- L'expression "Etat d'envoi" désigne l'Etat contractant dont les autorités compétentes répondent à une demande faite par l'autre en vue de recevoir une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels ;

- L'expression "Etat de transit", désigne l'Etat dont les équipes de secours doivent traverser le territoire pour atteindre l'Etat d'intervention

- L'expression "objets d'équipement" désigne le matériel, les outils techniques, les véhicules, les biens à usage personnel (biens d'exploitation) et l'équipement personnel des équipes de secours;

- L'expression " moyens de secours " désigne l'équipement et les biens supplémentaires destinés à être distribués aux victimes.

Article 3. Autorités compétentes

Les demandes s'assistance par les Etats contractants doivent être présentées et reçues par voie diplomatique. Les autorités compétentes pour la présentation des demandes d'assistance sont :

(a) Pour la République fédérale d'Allemagne :

- Le Ministère des Affaires étrangères,
- Le Ministère fédéral de l'intérieur

(b) Pour la république de Lituanie :

- Le Ministère de la défense,
- Le Ministère de l'intérieur,
- Le Ministère des Affaires étrangères

Article 4. Types d'intervention

1. L'assistance sera fournie par des équipes de secours formées en particulier dans les domaines de la lutte contre les incendies, les dangers nucléaires et chimiques, du secourisme, du sauvetage, du déblaiement ou de la remise en état provisoire et qui disposent du matériel et des équipements spécialisés nécessaires à l'accomplissement de ces tâches ; l'assistance pourra aussi, le cas échéant, être fournie d'une autre manière.

2. Les équipes de secours peuvent être envoyées par voie terrestre, aérienne ou par voie de navigation intérieure.

Article 5. Passage de la frontière

1. Pour garantir l'efficacité et la rapidité de l'opération d'urgence, les Etats contractants s'engagent à limiter au strict minimum les formalités de passage de la frontière.

2. Le chef d'une équipe de secours doit avoir un certificat des autorités compétentes de l'Etat d'envoi indiquant l'opération d'urgence, la nature de l'équipe, son équipement et sa composition. Si le certificat ne peut être présenté à cause de l'urgence particulière de la situation, toute forme de preuve appropriée suffira à satisfaire pour autoriser l'entrée en vue de l'aide d'urgence conformément à l'accord. Les membres de l'équipe devront également être en possession d'une carte d'identité avec leur photo ou un document similaire et devront, à toute demande des autorités compétentes, s'identifier par ce moyen.

3. En cas d'urgence, la frontière peut aussi être franchie en dehors des points de passage autorisés, sans considération de la réglementation normale. Il conviendra alors d'en informer les autorités compétentes chargées de la surveillance des frontières ou le poste frontière le plus proche.

4. Les facilités de passage visées aux paragraphes 1 à 3 s'appliquent également quand un des Etats contractants est un Etat de transit pour l'aide qui doit être fourni à un troisième Etat d'intervention dans le cas d'une catastrophe ou d'un accident grave exigeant un passage pour une aide rapide. Les autorités compétentes des Etats contractants doivent s'informer de manière appropriée par voie diplomatique quand le transit est nécessaire pour aider un troisième Etat d'intervention et devront fixer les moyens d'effectuer ce transit.

Article 6. Passage du matériel à travers la frontière.

1. Les Etats contractants faciliteront le passage à travers la frontière de l'équipement et des moyens de secours nécessaires aux missions de secours. Le chef de l'équipe de secours devra simplement, lors du passage de la frontière, présenter aux agents de l'Etat d'intervention chargés du contrôle frontalier un document récapitulatif énumérant les objets d'équipement et les moyens de secours emportés par l'équipe. Les équipes d'urgence et les experts doivent pouvoir franchir la frontière avec leur équipement et le matériel d'urgence même s'ils n'ont pas cette liste. Dans ce cas, cette liste devra être présentée aux autorités compétentes de l'Etat d'intervention dans un délai d'un mois à partir de la date du passage de la frontière.

2. Les équipes de secours ne peuvent apporter avec elles aucun autre bien que les équipements et les moyens de secours nécessaires à leur intervention d'urgence. L'équipement et le matériel d'urgence sont exemptés des droits de douane et ne peuvent être utilisés que pour des opérations d'urgence.

3. Les interdictions et restrictions régissant la circulation transfrontalière des marchandises ne s'appliquent pas aux équipements ni aux moyens de secours nécessaires aux missions de secours. L'équipement et les moyens de secours non utilisés lors de l'intervention doivent être réexportés. Si des circonstances particulières ne permettent pas la réexportation, leur nature et leur quantité ainsi que le lieu où ils se trouvent, seront notifiés à l'autorité responsable de l'intervention, laquelle en informera le service douanier compétent. Dans ce cas, la législation nationale de l'Etat d'intervention s'appliquera.

4. Des stupéfiants ou des substances psychotropes ne peuvent être emportés que pour répondre à un besoin médical urgent et ne peuvent être utilisés que par du personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions législatives de l'Etat contractant auquel appartient l'équipe de secours. Les droits de l'Etat d'intervention d'effectuer des contrôles sur place doit être garanti. Les dispositions du paragraphe 3 s'appliquent également à l'importation de stupéfiants dans l'Etat d'intervention et à la réexportation des quantités non consommées vers l'Etat d'envoi conformément à la législation des deux Etats contractants. Cette circulation n'est pas considérée comme importation ou exportation au sens de l'accord international sur les stupéfiants. Les stupéfiants non consommés et les substances psychotropes qui ne peuvent pas être réexportés doivent être soumis aux lois de l'Etat d'intervention.

5. Les paragraphes 1 à 4 s'appliquent, mutatis mutandis, au transit à travers le territoire d'un Etat contractant de l'équipement d'urgence et du matériel de secours nécessaire pour l'assistance à l'Etat tiers.

Article 7. Intervention au moyen d'aéronefs

1. Des aéronefs peuvent être utilisés non seulement pour le transport rapide des équipes de secours conformément au paragraphe 2 de l'article 4, mais aussi directement pour d'autres types d'interventions conformément au présent accord.

2. Chaque Etat contractant autorise les aéronefs utilisés à partir du territoire de l'autre Etat contractant, conformément au paragraphe 1, à survoler son territoire ainsi qu'à atterrir et à décoller en dehors des aérodromes douaniers et des terrains d'aviation autorisés.

3. L'intention d'employer des aéronefs pour une mission de secours doit être notifiée sans délai à l'autorité requérante, avec des indications aussi exactes que possible sur le type et le numéro d'immatriculation de l'aéronef, l'équipage, le chargement, l'heure du décollage, l'itinéraire prévu et lieu d'atterrissage.

4. Sont applicables mutatis mutandis :

(a) Les dispositions de l'article 5, du paragraphe 3 de l'article 9 et l'article 10 aux équipages et aux équipes de secours qui les accompagnent ;

(b) Les dispositions de l'article 6 aux aéronefs et aux objets d'équipement et moyens de secours embarqués.

5. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2, la réglementation de chaque Etat contractant relative à la circulation aérienne est applicable, et notamment l'obligation de transmettre des informations de vol aux organes de contrôle compétents.

6. L'annexe 12 sur la Convention de recherche et sauvetage de l'Aviation civile internationale du 7 décembre 1944 n'est pas concernée par cet article.

Article 8 Coordination et direction

1. La coordination et la direction des opérations de sauvetage et de secours incombent dans tous les cas aux autorités de l'Etat d'intervention.

2. Les autorités compétentes de l'Etat d'intervention doivent aider les équipes de secours et les experts à accomplir leurs tâches. Elles doivent expliquer dans la mesure du possible les tâches à accomplir aux équipes de secours et aux experts

3. Les instructions destinées aux équipes de secours de l'Etat d'envoi seront communiquées exclusivement aux chefs d'équipe, qui régleront les détails d'exécution vis-à-vis de leurs subalternes.

Article 9. Frais d'intervention

1. L'Etat d'envoi peut offrir son aide sans compensation financière à l'Etat d'intervention. En prenant cette décision, il doit être tenu compte de la nature et de l'étendue de la catastrophe et de la gravité de l'accident.

2. Si l'aide est fournie entièrement ou partiellement sur la base du remboursement des coûts, l'Etat d'intervention devra rembourser à l'Etat d'envoi les frais encourus directement pour l'opération de secours, dans la mesure où ces frais n'ont pas déjà été payés par l'Etat d'intervention. Les frais encourus pour demande d'assistance comprennent notamment le personnel, le transport, les coûts de l'assurance ainsi que les sommes dépensées pour les dommages, la perte de matériel apporté, les indemnités pour dommages, les frais médicaux du personnel de secours. A moins qu'il n'en soit décidé autrement, les coûts devront être remboursés dès réception de la demande de remboursement.

3. Pendant la durée des opérations de l'Etat d'intervention, les équipes de secours et les experts de l'Etat d'envoi sont logés et nourris aux frais de l'autorité requérante et ils sont approvisionnés en biens à usage personnel lorsque les stocks emportés sont épuisés. Ils reçoivent également, en cas de besoin, une assistance logistique y compris médicale gratuitement.

Article 10. Indemnisation et dédommagements

1. Chaque Etat contractant renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Etat contractant pour des dommages qui lui sont causés ou à un autre organe administratif, si le dommage est occasionné par un membre de l'équipe de secours ou un expert en accomplissant les tâches prévues par le présent accord à moins que l'intention délibérée de causer le dommage ne soit démontré.

2. Chaque Etat contractant renonce à toute demande d'indemnisation pour préjudice corporel ou décès d'un secouriste ou d'un expert dans l'accomplissement de la mission prévue par l'accord ;

3. Dans le cas où un secouriste de l'Etat d'envoi cause, dans l'accomplissement de sa mission, un dommage à un tiers, l'Etat d'intervention est responsable du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient si le dommage avait été causé par un de ses propres secouristes.

4. Les autorités des Etats contractants coopéreront étroitement pour faciliter le règlement des demandes de dédommagement et d'indemnisation. Elles échangeront notamment toutes les informations dont elles disposent sur les dommages visés au présent article.

Article 11. Autres formes de coopération

Les autorités visées à l'article 3 coopéreront conformément et pourront conclure des ententes séparées, notamment :

(a) Pour l'exécution des opérations de secours ;

(b) Pour prévoir, prévenir et combattre les catastrophes ou les accidents graves, en échangeant toutes les informations scientifiques et techniques utiles et en prévoyant des conférences, des programmes d'études étrangères pour experts, des programmes de recherche et des cours spécialisés y compris des échanges d'enseignants et d'étudiants dans les disciplines appropriées, des stages communs ainsi que le déploiement d'experts sur demande comme conseiller au sein du personnel des missions de secours;

(c) Echanger des informations sur les dangers et les dommages qui pourraient menacer le territoire de l'autre Etat contractant ; cet échange d'informations inclut la communication à titre préventif de données relatives à des mesures.

(d) Rechercher et identifier les personnes affectées et les biens conformément à la législation nationale des Etats contractants et investiguer les causes des accidents causés par les hommes

Article 12. Liaisons radio

Les autorités compétentes des Etats contractants prennent en commun les mesures préalables nécessaires afin de faciliter les télécommunications et en particulier les communications radio entre les autorités désignées à l'article 3, entre ces autorités et les équipes de secouristes envoyées par elles, entre les équipes de secours elles-mêmes et entre les équipes de secours et la direction correspondante de l'intervention.

Article 13. Règlements des différends

Les divergences de vues relatives à l'application du présent Accord qui ne peuvent être réglées directement par les autorités visées à l'article 3, le seront par la voie diplomatique.

Article 14. Autres dispositions contractuelles

Les droits et les devoirs existant entre les Etats contractants en application d'autres accords internationaux ne sont pas modifiés par le présent accord.

Article 15. Ratification et entrée en vigueur

1. Le présent Accord doit être ratifié. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Vilnius.

2 Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

Article 16. Durée et dénonciation

1. Le présent accord peut être dénoncé par notification des Gouvernements des Etats contractants.

2. Il cessera de produire ses effets six mois après réception de la dénonciation par un ou l'autre des Gouvernements des Etats contractants.

Fait à Bonn le 15 mars 1994 en deux exemplaires originaux en langue allemande et lituanienne, les deux textes faisant foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HANSJÖRG EIFF

WALTER PRIENITZ

Pour la République de Lituanie :

PULOKAS

